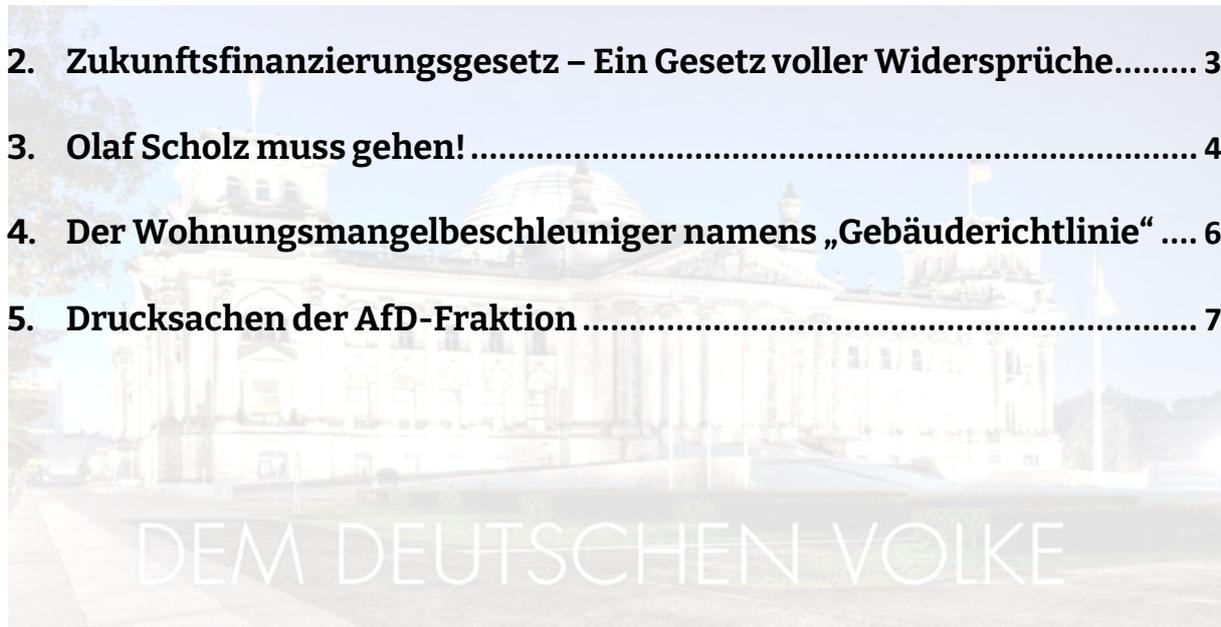




## Inhalt

1. Wachstumschancengesetz – Ein Griff ins Klo..... 2
2. Zukunftsfinanzierungsgesetz – Ein Gesetz voller Widersprüche..... 3
3. Olaf Scholz muss gehen! ..... 4
4. Der Wohnungsmangelbeschleuniger namens „Gebäuderichtlinie“ .... 6
5. Drucksachen der AfD-Fraktion ..... 7



## 1. Wachstumschancengesetz – Ein Griff ins Klo

Als erste meiner drei Reden am Freitag war das Wachstumschancengesetz dran. Der Spitzname war „WC-Gesetz“ → ein Griff ins Klo! Es ist eins von den Gesetzen, die regelrecht durch den Bundestag gepeitscht werden. In einem völlig unprofessionellen und demokratieunwürdigen Verfahren wurde das Gesetz am Mittwoch im Ausschuss behandelt und am Freitag schon im Plenum. Das brisante dabei: Am Abend vor der Ausschusssitzung um 20:18 Uhr wurden 32 Änderungsanträge der KOA mit insgesamt 100 Seiten verschickt, zu denen sich dann die Abgeordneten über Nacht eine fundierte Meinung bilden sollten.

Dass eine gründliche Auseinandersetzung mit einem solchen Gesetz nicht möglich ist, scheint von der Koalition beabsichtigt zu sein. Das Gesetz ist nämlich ein schönes Negativbeispiel der deutschen Bürokratie. 250 Seiten, 50 Einzelmaßnahmen und eine verhältnismäßig überschaubare Entlastung der Wirtschaft, verglichen mit den horrenden (Steuer-)Mehrbelastungen der vergangenen Jahre.

Jörn König meint: „Die Koalition kann einfach nicht anders. Sie arbeitet derart unprofessionell und unseriös. Das ist dem Deutschen Bundestag und insbesondere dem deutschen Volke gegenüber absolut unwürdig. Die Steuereinnahmen sind in den vergangenen 4 Jahren um 183 Mrd. jährlich gestiegen. In einer gönnerhaften Geste will die Ampel jetzt sage und schreibe 5 % der Mehreinnahmen zurückgeben und damit die große Rettung unserer völlig zerstörten Wirtschaftslandschaft verkünden. Die Amerikaner z. B. haben es verstanden. Man braucht schon einen richtigen Hammer wie deren Inflation Reduction Act mit 738 Mrd., damit Unternehmen nicht abwandern, sondern zu einem kommen.“

Die AfD Bundestagsfraktion setzt sich seit jeher für eine ideologiefreie und liberale Wirtschaftspolitik ein. Deutschland ist die einzige Industrienation der Welt, deren Wirtschaft schrumpft. Das ist das traurige Ergebnis der grünen Politik und der selbstzerstörerischen Tendenzen der Koalition.

Hier geht's zu meiner Rede: <https://dbtg.tv/cvid/7603900>

## 2. Zukunftsfinanzierungsgesetz – Ein Gesetz voller Widersprüche

Das Zukunftsfinanzierungsgesetz ist ein schönes Beispiel dafür, dass Gesetze im Laufe der Beratungen auch schlechter werden können. Es ist unvollendet, voller Widersprüche und wird trotzdem genau wie das Wachstumschancengesetz durchs Parlament gepeitscht. Auch hier hatte die Koalition erst kurz vor der Sitzung im Ausschuss am Mittwoch ihre zahlreichen Änderungsanträge den Abgeordneten zur Kenntnis gereicht.

Jörn König kritisiert: „Wir mussten unsere Sitzung sogar später beginnen, weil die Ampel noch Abstimmungsbedarf hatte. Die sollen ihre Selbstfindung gefälligst allein machen. Dass die diese Gesetzgebung dysfunktional ist, darf einem bei so einem Vorgehen nun wirklich nicht verwundern. Aus diesem Grund werden die Gesetze der Koalition auch laufend vom Bundesverfassungsgericht kassiert. Das Zukunftsfinanzierungsgesetz fing als Referentenentwurf stark an und hat dann im Laufe der Beratungen immer mehr nachgelassen. Wenn man wirklich mal einen großen Wurf wagen wollte, sollten wir freies Aktien-sparen aus Entgeltumwandlung wie bei der betrieblichen Altersvorsorge ermöglichen. Das gäbe einen Riesenschub für Kleinanleger und den deutschen Aktienmarkt. Am Ende wollte die Ampel das Gesetz einfach nur noch vom Tisch haben und die Union wird zustimmen. Da kann man mal die verkehrte Welt im Bundestag sehen. Wir haben zwei „Trans-Fraktio-nen“: Die Union ist in der Opposition und denkt, sie sei noch in der Regierung. Und die FDP denkt, sei ist in der Opposition und ist eigentlich in der Regierung. Einen wohlgemeinten Rat habe ich an die FDP: Lieber gar nicht regieren, als so schlecht zu regieren.

Hier geht's zu meiner Rede: <https://dbtg.tv/cvid/7603996>

### 3. Olaf Scholz muss gehen!

Olaf Scholz ist wohl der Bundeskanzler mit den engsten Skandalverstrickungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Da gab es den ausgewachsenen Skandal um Wirecard, denn Herr Scholz aufgrund nicht vorhandener Finanzmarktkontrolle zum großen Teil zu verantworten hatte. Es mussten zwar der Chef und seine Vize-Chefin gehen, er selbst und sein höchstverstrickter Staatssekretär blieben aber unangetastet.

Herr Scholz hat ist aber noch Protagonist eines weiteren Riesenskandals rund um Cum-Ex. Aus diesem Grund hat die AfD-Bundestagsfraktion am Freitag eine aktuelle Stunde zu Konsequenzen für den Kanzler gefordert.

Mit Cum-Ex konnte man Steuern sparen und das doppelt und mehrfach. Insgesamt entstand ein Schaden von fast 36 Milliarden Euro am deutschen Volk. Das war zwar illegal, aber es hat jahrelang funktioniert. Als Cum-Ex endlich aufflog, was hat Herr Scholz als Erster Bürgermeister gemacht? Statt Anzeige zu erstatten, hat er sich mit einem Verantwortlichen der illegalen Deals getroffen, Herrn Olearius von der Warburg-Bank und darüber nachweislich gelogen. Eine kleine Chronologie:

Hier eine kurze Chronologie:

- Im November 2016 entscheidet die Finanzverwaltung Hamburg entgegen der Rechtslage 46 Millionen Euro Steuern von der Warburg-Bank nicht zurückzufordern.
- Erst ein Jahr später musste ein Unionsfinanzminister nämlich Wolfgang Schäuble dafür sorgen, dass die Stadt Hamburg nicht erneut auf die Rückforderung verzichtet.
- Der damalige Steuerabteilungsleiter in Hamburg wird vorzeitig in den Ruhestand geschickt, nachdem Olaf Scholz in Berlin Finanzminister geworden war.
- Ende 2020 endlich zahlt die Bank die geforderten Millionen aus Cum-Ex-Geschäften an den Fiskus zurück – plus Zinsen.
- Die SPD Hamburg ist tief verstrickt. Mindestens vier Spenden der Warburg-Bank oder Tochterfirmen gehen allein im Jahr 2017 an die Hamburger SPD. Später werden 215.000 Euro in einem Schließfach vom SPD-Genossen Johannes Kahrs gefunden.
- Seit Oktober 2020 gehen Untersuchungsausschüsse der Cum-Ex-Affäre nach, zunächst in Hamburg, dann in Berlin
- Die Staatsanwaltschaften ermitteln wegen des Verdachts der Begünstigung gegen mehrere Personen

- Den Ermittlern fällt eine Mail vom April 2021 auf, die „auf Überlegungen zum Löschen von Daten schließen“. Im Raum steht der Verdacht, dass Informationen in dem Kalender von Scholz aus seiner Zeit als Hamburger Bürgermeister fehlen oder sogar gelöscht wurden, der Ex-Bundestagsabgeordnete Fabio de Masi konnte dies sogar beweisen
- Im April 2023 beantragt die Union im Bundestag einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, eine Abstimmung im Plenum wird durch schäbige Verfahrenstricks verhindert, obwohl die nötigen 25 % sicher zustande gekommen wären
- Im Juli 2023 versetzt sich der leitende Kölner Oberstaatsanwalt Joachim Roth selbst in den Ruhestand, um einer Entlassung zuvorzukommen. Waren seine Ermittlungen zu gut?
- Vier Monate später im November 2023 ist dieser Mann plötzlich tot
- Ebenfalls im November 2023 lernen die Laptops laufen. Steffen Jänicke, Chefermittler der SPD, der Mann ist Russland-Freund und durch die Sicherheitsüberprüfung des Verfassungsschutzes gefallen. Trotzdem wird er durch die Hamburger SPD zum Chefermittler gemacht. Dieser Mann bringt Beweis-Laptops in seine Gewalt und schafft mutmaßlich Beweise beiseite. Wohl gemerkt aus einem Tresor heraus.

Jörn König fragt den Kanzler: „Herr Scholz, was wird Ihr Vermächtnis sein? Sie führen eine Koalition der Verfassungsbrüche an. Sie lügen nachweislich, sind in illegale Machenschaften involviert und haben das Vertrauen der deutschen Bürger verloren. Treten Sie zurück. Herrgott nochmal, was muss denn noch passieren, damit Sie endlich Verantwortung übernehmen.“

Hier geht's zu meiner Rede: <https://dbtg.tv/cvid/7604064>

#### **4. Der Wohnungsmangelbeschleuniger namens „Gebäuderichtlinie“**

Die Wohnungsnot zu bekämpfen, das hat sich die Bundesregierung auf die Fahne geschrieben. Nachdem die Ziele für den Wohnungsbau in den vergangenen zwei Jahren weit verfehlt wurden und unser Wirtschaftsminister Habeck mit dem inzwischen berüchtigten Heizungshammer noch einen draufsetzte, kommen jetzt Neuigkeiten aus Brüssel. Die EU-Kommission möchte eine neue Gebäude-Richtlinie durchsetzen. Diese legt verbindliche Effizienzstandards für Gebäude fest, welche innerhalb der nächsten Jahre erfüllt werden müssen.

Die geforderten Standards sind für einen Großteil der Bestandsimmobilien in Deutschland absolut unrealistisch. Auf der einen Seite wären die Kosten für kaum einen Hausbesitzer zu tragen, bzw. könnten unmöglich an Mieter weitergegeben werden und auf der anderen Seite sind die Zeitrahmen so eng getaktet, dass die für die Sanierungsarbeiten erforderlichen Handwerker gar nicht zur Verfügung ständen. Die AfD-Bundestagsfraktion tritt diesen Plänen deshalb entschieden entgegen und fordert die Regierung dazu auf, den Prozess auf europäischer Ebene aufzuhalten.

Jörn König meint: „Bezüglich der Wohnungssituation in Deutschland hat die Regierung bisher nur Unerreichbares angekündigt, anstatt das Angekündigte zu erreichen. Trotzdem leistete man sich dieses Jahr das Heizungsgesetz und äußert nun heitere Zustimmung bei der nächsten Spielerei aus Brüssel. Das böse Erwachen kommt für die Regierung dann erst bei den nächsten Wahlen. Dafür muss niemand Mitleid empfinden. Dass durch diese Politik aber der Wohlstand, den Generationen aufgebaut haben, langsam erodiert, ist wirklich traurig. Umso mehr muss schnell eine Wende durch eine starke AfD her!“

## 5. Drucksachen der AfD-Fraktion

- 20/9228 [Drucksache als PDF](#) Milliarden-Investition des US-amerikanischen Chipherstellers Intel in Sachsen- Anhalt und Umfragewerte der Partei Alternative für Deutschland -20/8929-
- 20/9229 [Drucksache als PDF](#) Effektivität der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Republik Burkina Faso -20/8951-
- 20/9392 [Drucksache als PDF](#) Entwurf eines Gesetzes zur Rückfallprävention durch Strafverschärfung bei Wiederholungstätern
- 20/9394 [Drucksache als PDF](#) Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Haushaltsuntreue und zur Sicherung der ordnungsgemäßen Verwendung öffentlicher Mittel
- 20/9291 [Drucksache als PDF](#) UNRWA: Zusammenarbeit mit Hamas, deutsche Finanzierung und Positionierung der Bundesregierung
- 20/9301 [Drucksache als PDF](#) Übergabe von Fördermittelbescheiden des Bundes – Stand: 30. Juni 2023
- 20/9302 [Drucksache als PDF](#) Anzahl und Kosten eingeflogener Asylbewerber - Stand: 30.06.2023
- 20/9303 [Drucksache als PDF](#) Das deutsche Wehrersatzwesen bei ausgesetzter Wehrpflicht und die Sicherstellung der Aufwuchsfähigkeit im Spannungs- und Verteidigungsfall
- 20/9304 [Drucksache als PDF](#) PR-Kosten im Bereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft
- 20/8824 [Drucksache als PDF](#) Bundesausgaben für Deutsche in Mittel-Ost-Europa und den Nachfolgestaaten der UdSSR von 2019 bis 2024 -20/8275-
- 20/8831 [Drucksache als PDF](#) Zur Lage in Berg-Karabach unter besonderer Berücksichtigung des Latschin- Korridors -20/8440-
- 20/8884 [Drucksache als PDF](#) Nachfrage zu der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Ausgaben der Bundesregierung für Fotografen und Kosmetiker – nachgefragt“ auf Bundestagsdrucksache 20/7988
- 20/8890 [Drucksache als PDF](#) Umsetzbarkeit und Zielorientierung der Chinastrategie der Bundesregierung
- 20/8960 [Drucksache als PDF](#) Wahl eines Stellvertreters der Präsidentin

- 20/8961 [Drucksache als PDF](#) Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums gemäß Artikel 45d des Grundgesetzes
- 20/8837 [Drucksache als PDF](#) Personalmangel in der Justiz -20/8584-
- 20/8838 [Drucksache als PDF](#) Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/7884) -20/8598-
- 20/8853 [Drucksache als PDF](#) Verbindlichkeit des Grundgesetzes bei WHO-Pandemieabkommen und Internationalen Gesundheitsvorschriften -20/8613-
- 20/8925 [Drucksache als PDF](#) Auswirkung der illegalen Ausstellung von Visa durch polnische Behörden auf Deutschland
- 20/8926 [Drucksache als PDF](#) Lobbyorganisationen und Einzelpersonen beim Auswärtigen Amt - V
- 20/8927 [Drucksache als PDF](#) Möglicher Insektenrückgang in der Agrarlandschaft
- 20/8928 [Drucksache als PDF](#) Bedrohungspotential für die innere Sicherheit in Deutschland durch Palästinenser-Organisationen
- 20/8929 [Drucksache als PDF](#) Milliarden-Investition des US-amerikanischen Chipherstellers Intel in Sachsen-Anhalt und Umfragewerte der Partei Alternative für Deutschland
- 20/8947 [Drucksache als PDF](#) Effektivität der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Republik Côte d'Ivoire
- 20/8948 [Drucksache als PDF](#) Hamas-Angriffe in Israel und die Aktivitäten der Hamas in Deutschland
- 20/8951 [Drucksache als PDF](#) Effektivität der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Republik Burkina Faso
- 20/8957 [Drucksache als PDF](#) Auswirkungen des Ukrainekriegs auf Agrarimporte aus der Ukraine und Russland
- 20/8963 [Drucksache als PDF](#) Finanzhilfen für den Gazastreifen bis Oktober 2023 (Stichtag 15. Oktober 2023)
- 20/8933 [Drucksache als PDF](#) Zugelassene Impfstoffe und die wesentlichen der Zulassung zugrunde liegenden Studien sowie Daten zu Nebenwirkungen und Sterbefällen -20/8585-

- 20/8936 [Drucksache als PDF](#) Milliardeninvestition des taiwanesischen Chipherstellers TSMC in Sachsen und Umfragewerte der Partei Alternative für Deutschland -20/8618-
- 20/8942 [Drucksache als PDF](#) Zuschüsse für Investitionen zum modellhaften Umbau von Industriedenkmalern -20/8640-
- 20/8941 [Drucksache als PDF](#) Schwere Ausschreitungen in Stuttgart auf einer Veranstaltung eines regierungsnahen eritreischen Vereins -20/8504-
- 20/8945 [Drucksache als PDF](#) Reform der Konzernstruktur der Deutsche Bahn Aktiengesellschaft -20/8250-
- 20/8985 [Drucksache als PDF](#) Ausgaben und Definition der Bundesregierungen für den sogenannten Kampf gegen rechts
- 20/8986 [Drucksache als PDF](#) Aktuelle Perspektiven für den deutschen Wassertourismus
- 20/8967 [Drucksache als PDF](#) Familien im Leistungsbezug -20/8444-
- 20/8976 [Drucksache als PDF](#) Initiative „Vielfalt an deutschen Hochschulen“ -20/8643-
- 20/8999 [Drucksache als PDF](#) Milliarden-Investition des deutschen Chipherstellers Infineon in Sachsen und Umfragewerte der Partei Alternative für Deutschland
- 20/9003 [Drucksache als PDF](#) Die Erforschung struktureller Probleme des sogenannten Patriarchats und deren empirische Gehalte -20/6867-
- 20/8968 [Drucksache als PDF](#) Fragen zur Rolle der Bundespolizei bei der Bewältigung der Migrationskrise – Stand: Ende August 2023 -20/8499-
- 20/9009 [Drucksache als PDF](#) Digitalisierungsvorhaben im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
- 20/9012 [Drucksache als PDF](#) Fördermöglichkeiten und Maßnahmen im SGB II
- 20/9007 [Drucksache als PDF](#) Mögliche Unregelmäßigkeiten bei der Visavergabe -20/8582-
- 20/9008 [Drucksache als PDF](#) Zur angekündigten dauerhaften Stationierung einer Brigade der deutschen Bundeswehr in Litauen zur Sicherung der sogenannten NATO-Ostflanke -20/8443-
- 20/9036 [Drucksache als PDF](#) Datengrundlage für Maßnahmen zur Kontrolle der Ausbreitung von SARS-CoV-2 (COVID-19) -20/6750-
- 20/9034 [Drucksache als PDF](#) Fachkräftemangel in der Landwirtschaft

- 20/9035 [Drucksache als PDF](#) Anzahl von Ausländern und ausländischen Kindern in Deutschland
- 20/9051 [Drucksache als PDF](#) Anschreiben an Landtagsabgeordnete im Rahmen eines Forschungsvorhabens
- 20/9015 [Drucksache als PDF](#) Effektivität der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien -20/8792-
- 20/9018 [Drucksache als PDF](#) Deutsche Pflichtbeiträge an die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und mögliche Konsequenzen aus deren Verwendung -20/8770-
- 20/9021 [Drucksache als PDF](#) Effektivität der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Arabischen Republik Ägypten -20/8807-
- 20/9022 [Drucksache als PDF](#) Erwerbstätigkeit und Renten bei Aussiedlern und Spätaussiedlern -20/8142-
- 20/9032 [Drucksache als PDF](#) Arbeit und juristische Bewertungen einzelner Beiträge in den sozialen Netzen durch die Bundesregierung in Gestalt der Zentralen Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet im Bundeskriminalamt -20/8815-
- 20/9033 [Drucksache als PDF](#) Kontaminationen des COVID-19-Impfstoffs Comirnaty mit Desoxyribonukleinsäure -20/8771-
- 20/9064 [Drucksache als PDF](#) Finanzhilfen für das Westjordanland (PLO) bis November 2023 (Stichtag 1. November 2023)
- 20/9065 [Drucksache als PDF](#) Unterstützer der Terror-Organisation Hamas in Deutschland
- 20/9144 [Drucksache als PDF](#) Bargeld als einziges gesetzliches Zahlungsmittel bewahren und Überwachung der Bürger durch digitales Zentralbankgeld verhindern
- 20/9026 [Drucksache als PDF](#) Angriffe auf Journalisten und statistische Erfassung im Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität -20/8306-
- 20/9027 [Drucksache als PDF](#) Zukunft der deutschen Putenhaltung -20/8816-
- 20/9028 [Drucksache als PDF](#) Milliarden-Investition des chinesischen Batterieherstellers Contemporary Ampere Technology in Thüringen und Umfragewerte der Partei Alternative für Deutschland -20/8839-
- 20/9077 [Drucksache als PDF](#) Nachfrage zu der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Ausgaben der Bundesregierung für Fotografen und Kosmetiker – nachgefragt“ auf Bundestagsdrucksache 20/7988 -20/8884-

- 20/9150 [Drucksache als PDF](#) Globaler Süden und Globaler Norden als Kategorien in der Entwicklungspolitik aufgeben
- 20/9151 [Drucksache als PDF](#) Antisemitismus durch Zuwanderung klar benennen und effektiv bekämpfen – Unterstützer von antisemitischem Terrorismus ausweisen
- 20/9152 [Drucksache als PDF](#) Arbeitsvermittlung reformieren – Echtes Fördern und Fordern in die Praxis umsetzen
- 20/9153 [Drucksache als PDF](#) Einstellung der Entwicklungszusammenarbeit mit der Bundesrepublik Äthiopien – Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit vom Stopp des Regierungspalast-Bauvorhabens abhängig machen
- 20/9154 [Drucksache als PDF](#) Keine Wasserstoffpolitik für Europa zu Lasten von Menschen und Umwelt in Afrika
- 20/9155 [Drucksache als PDF](#) Für die Wiederherstellung einer kostengünstigen, sicheren und souveränen Energieversorgung - Betriebsfähige Kernkraftwerke reaktivieren und Kernenergie konsequent ausbauen
- 20/9156 [Drucksache als PDF](#) Entwicklungszusammenarbeit für Wertschöpfung mit Afrika
- 20/9030 [Drucksache als PDF](#) Abberufung des Präsidenten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik Arne Schönbohm durch die Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser -20/8767-
- 20/9038 [Drucksache als PDF](#) Internationale Hilfe nach dem verheerenden Hochwasser im Ahrtal -20/8813-
- 20/9103 [Drucksache als PDF](#) Details zu den sogenannten Grünen Gründungen
- 20/9104 [Drucksache als PDF](#) Zuwendungen und Ausgaben des Bundes aus dem Einzelplan 09 im Jahr 2023
- 20/9105 [Drucksache als PDF](#) Einbestellung und Ausweisung von Diplomaten sowie Demonstrationsschäden an diplomatischen Vertretungen
- 20/9115 [Drucksache als PDF](#) Schutz der Bahninfrastruktur
- 20/9116 [Drucksache als PDF](#) Programmierarbeiten zur Änderung der Schnittstellen der Datenflüsse zwischen Kassenärztlicher Vereinigung, Robert Koch-Institut und Paul-Ehrlich-Institut
- 20/9118 [Drucksache als PDF](#) Höhe der Wertvernichtung durch das Scheitern der Auslandsstrategie der Deutschen Bahn AG im Personennahverkehr

- 20/9054 [Drucksache als PDF](#) Potenzielle Medienbeeinflussung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz -20/8845-
- 20/9055 [Drucksache als PDF](#) Medikamentenexporte in die Ukraine -20/8642-
- 20/9056 [Drucksache als PDF](#) Mögliches Verbot der Hundeausbildung an der lebenden Ente sowie Verbot der Baujagd mittels Schließenanlagen -20/8805-
- 20/9057 [Drucksache als PDF](#) Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit des Bundesministeriums der Justiz – Wanderausstellung am Supreme Court of the State New York -20/8745-
- 20/9059 [Drucksache als PDF](#) Mögliche fehlerhafte Angaben durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat zu Angriffen auf Asylunterkünfte im ersten Halbjahr 2023 -20/8806-
- 20/9208 [Drucksache als PDF](#) Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Entschädigungsrechts für zu Unrecht erlittene Haft
- 20/9223 [Drucksache als PDF](#) Entwurf eines Gesetzes zur Ausweitung der Beschwerdemöglichkeiten gegen strafbare Handlungen von Trägern staatlicher Gewalt und zur Stärkung des Vertrauens in den Rechtsstaat
- 20/9121 [Drucksache als PDF](#) Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und die Auswirkungen des bürokratischen Mehraufwandes auf deutsche Unternehmen
- 20/9124 [Drucksache als PDF](#) Geplante Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften
- 20/9127 [Drucksache als PDF](#) Angriffe auf Politiker, Parteibüros und Wahlplakate im Kontext der stattgefundenen Landtagswahlen 2023
- 20/9130 [Drucksache als PDF](#) Feministische Stadtentwicklungspolitik
- 20/9172 [Drucksache als PDF](#) Statistik zu Angriffen auf Politiker, Parteimitglieder, Parteibüros etc.
- 20/9173 [Drucksache als PDF](#) Eurofighter-Kauf Saudi-Arabiens bei Großbritannien